



Trends IV: Universitäten setzen Bologna-Reform um

Zusammenfassung

**Sybille Reichert
Christian Tauch**



Zusammenfassung

1. **Trends IV: Universitäten setzen Bologna-Reform um:** Trends IV beruht auf umfangreicher Feldforschung, in deren Zentrum Besuche an 62 Universitäten und anderen Hochschulen standen. Die in der Studie dargestellten Forschungsergebnisse sind qualitativer Natur und verfügen deshalb über keine statistische Aussagekraft. Stattdessen liefert Trends IV eine in die Tiefe gehende und zugleich die aktuellste Momentaufnahme des Stands der Umsetzung der Bologna-Reformen an den europäischen Universitäten.
2. **Sich die Reformen zu eigen machen:** Trends IV zeigt, dass sich die Einstellungen in den Universitäten in bezug auf die Reformen deutlich von den Einschätzungen unterscheiden, die vor nur zwei Jahren von Hochschulleitern im Rahmen der Trends III-Fragebögen vorgenommen worden waren. Viele Hochschulen haben mittlerweile große Anstrengungen unternommen, um sich den Reformprozess zu eigen zu machen, indem sie Bologna-Themen in ihre eigenen institutionellen Strategien und Aktivitäten integrierten. In vielen Fällen wurden die Reformen als Gelegenheit verstanden, Probleme anzugehen, die seit langem bekannt waren. Die Hochschulbesuche machten deutlich, dass die Handelnden in den Hochschulen dabei sind, die Herausforderungen der Umsetzung mit Engagement und Energie anzunehmen und zu lösen.
3. **Mit den Reformen umgehen:** Kritik an den Reformen aus den Universitäten bezieht sich kaum mehr auf den Zweck der Reformen – es besteht weitgehender Konsens, dass Veränderungen nötig sind -, sondern vielmehr auf die bereitgestellte bzw. ausbleibende Unterstützung für die Reformen. Häufig wird die Umsetzung durch das Fehlen der Autonomie behindert, die für das Treffen weitreichender Entscheidungen nötig wäre, sowie durch das Ausbleiben zusätzlicher Finanzen, ohne die eine so grundlegende Umstrukturierung und die damit verbundenen neuen Aufgaben nicht verwirklicht werden können. Zugleich kommt der Hochschulleitung eine zentrale Rolle zu: der Reformprozess verläuft dort besonders ungestört, wo die Leitung ihre klare und nachdrückliche Unterstützung für den Prozess, unter gleichzeitiger Einräumung von hinreichender Gelegenheit für interne Diskussionen, deutlich gemacht hat.
4. **Die Einführung der drei Studienzyklen:** Beträchtlicher Fortschritt lässt sich bei der Einführung der drei Studienzyklen in Europa verzeichnen, obwohl auch fünf Jahre nach Unterzeichnung der Bologna Erklärung in einigen Ländern noch rechtliche Hindernisse für Strukturreformen zu finden sind. Viele Hochschulen sind mittlerweile jedoch im Zentrum des Reformprozesses angekommen. Strukturreformen müssen mit einer wirklichen Überarbeitung der Curricula einhergehen, und diese ist vielfach noch nicht erfolgt. Hinsichtlich der Ziele des ersten Studienzyklus, den viele fälschlicherweise als komprimierte Form bisheriger langer Studienprogramme betrachten, besteht gelegentlich noch Unklarheit. Vielerorts hatten die Hochschulen und die Hochschullehrer nicht ausreichend Zeit, um sich mit den Reformen umfassend auseinander zu setzen und die Chancen zu nutzen, die sich aus einer Neugestaltung der Curricula ergeben.
5. **Die Auswirkung der Strukturreformen:** Allzu häufig wird Bologna immer noch als ein Prozess wahrgenommen, der im wesentlichen auf eine Harmonisierung der Studienstrukturen zielt. Trends IV verdeutlicht, dass trotz aller erzielten Fortschritte, die Verwirklichung eines verständlichen Systems von drei Studienzyklen in Europa eine hochkomplexe kulturelle und soziale Transformation darstellt, die eine Reihe von Entwicklungen mit jeweils eigener Dynamik in den verschiedenen Kontexten angestoßen hat. Während sich Änderungen der Studiendauer leicht beschreiben lassen, bedarf die Einschätzung ihrer Bedeutung und Auswirkung einer viel

umfangreicheren und komplexeren Analyse: etwa hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz der ersten Abschlüsse, der Passfähigkeit dieser neuen Qualifikationen gegenüber den Anforderungen des Arbeitsmarktes sowie der Auswirkungen einer pädagogischen Neuorientierung, die den Lernenden in den Mittelpunkt stellt.

6. **Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen auf Bachelor-Ebene:** In der Mehrzahl der besuchten Universitäten wurden Zweifel an der Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen des ersten Studienzyklus geäußert. In der Tat sind viele Hochschullehrer in den Ländern, die sich derzeit von langen Studienprogrammen verabschieden, noch nicht willens, den neuen Abschlüssen auf Bachelor-Ebene voll zu vertrauen und sie raten vielfach ihren Studierenden, bis zum Ende des zweiten Zyklus an der Hochschule zu bleiben. Andererseits berichten Hochschulen in Ländern, in denen die Strukturreformen früher begannen, von viel geringeren Akzeptanzproblemen ihrer Bachelor-Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Dies legt den Schluss nahe, dass die Länder, in denen es Schwierigkeiten gibt, sich lediglich in einer früheren Phase eines normalen Umstellungsprozesses befinden. Allerdings lassen sich auch deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Disziplinen beobachten. Die Ergebnisse machen zudem deutlich, dass eine intensivere öffentliche Debatte über die Reformen geführt werden sollte und dass Regierungen es bisher teilweise versäumt haben, die Beschäftigungsstrukturen ihres eigenen öffentlichen Dienstes für die neuen Abschlüsse auf Bachelor-Ebene zu öffnen. Auch Berufsverbände, vor allem in den regulierten Berufen, spielen eine bedeutsame Rolle. Die Studie enthält Beispiele für Disziplinen, in denen Berufsverbände die neuen Programme begrüßen, und andere, in denen es noch größere Hindernisse zu überwinden gilt. Auch ziehen noch nicht alle Hochschulen die Erfordernisse der örtlichen, regionalen, nationalen und internationalen Arbeitgeber bei der Neugestaltung ihrer Studienprogramme in Betracht.
7. **Qualität steigern:** Die Studie belegt, dass Universitäten sich in zunehmendem Maße der Notwendigkeit bewusst sind, die Qualität ihrer Aktivitäten zu steigern. Dies zeigt sich in einem breiten Spektrum von Prozessen, die weit über die formale und obligatorische Erfüllung der Anforderungen externer Qualitätssicherung hinausgehen. Während die Notwendigkeit für eine engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Qualitätssicherungsorganen unbestritten ist, zeigt Trends IV eine Reihe anderer Faktoren auf, einschließlich studentischer Beteiligung, die unmittelbare Auswirkungen auf die Qualitätssteigerung haben. Insbesondere lässt sich ein direkter Zusammenhang zwischen der Qualitätssteigerung in der Hochschule einerseits und dem Grad an institutioneller Autonomie andererseits deutlich belegen. Diejenigen Hochschulen, die sich für interne Qualitätsprozesse in besonderem Maße zuständig fühlen, sind zugleich jene mit der größten funktionalen Autonomie.
8. **Anerkennung von Qualifikationen:** Verbesserte Qualität wird als einer der Schlüssel zu einer erleichterten Anerkennung von Qualifikationen innerhalb Europas angesehen. Die Hochschulbesuche haben gezeigt, dass große Fortschritte bei der Anerkennung gemacht wurden. Zugleich wurde auch hier deutlich, dass mehr getan werden muss, um eine systematische Anwendung der allgemein akzeptierten Bologna- Instrumente zur Transparenzsteigerung, insbesondere des ECTS und des Diploma Supplement, sicherzustellen. Zwar wird das Diploma Supplement in allen besuchten Ländern, in Übereinstimmung mit dem Berlin Kommuniqué, eingeführt, aber neben technischen Problemen bleibt auch die Herausforderung, klare Informationen über die Lernziele bereitzustellen, bestehen. ECTS wird vielerorts genutzt, vor allem für Mobilitätsw Zwecke, und scheint im Allgemeinen zufriedenstellend zu funktionieren. Allerdings wird es häufig nur als Mittel verstanden, um nationale Systeme in eine europäische Sprache zu übersetzen, und weniger als ein zentrales Element der Curriculumsentwicklung. Deshalb kommt Anstrengungen, diese

europäischen Instrumente überall im Alltag der europäischen Hochschulen zu verankern, auch weiterhin besondere Bedeutung zu.

9. **Die Verbindung zwischen Lehre und Forschung:** Hochschulen und einzelne Hochschullehrer sehen sich häufig mit Anforderungen konfrontiert, die sich gegenseitig widersprechen. Nach Aussage vieler Professoren haben die Konzentration auf die Überarbeitung bestehender und die Entwicklung neuer Curricula, die Bereitstellung zusätzlicher Beratungsangebote und die Förderung eines flexiblen, lerner-zentrierten Unterrichts dazu geführt, dass sie weniger Zeit als früher für ihre Forschungsarbeit haben. Diese Entwicklung gibt Anlass zur Sorge, insbesondere angesichts der wachsenden Erkenntnis in Europa, dass die Attraktivität von Karrieren in der Forschung gesteigert werden muss und sie unterstreicht die Notwendigkeit, die Strategien für Lehre und Forschung zu verknüpfen. Bisher weist wenig darauf hin, dass dieser Diskurs in den Hochschulen zu konkreten Maßnahmen und Prioritätensetzungen geführt hätte.

Schlussfolgerungen:

10. Trends IV zeigt, dass **kontinuierliche Reform und Innovation** an vielen Hochschulen bereits Wirklichkeit – und die einzige ernstzunehmende Option – sind, und dass Wesen und Erfolg dieser komplexen Prozesse von vielerlei Faktoren beeinflusst werden. Wenn die Reformen zum Erfolg führen sollen, muss sich in der Gesellschaft in viel stärkerem Maße das Bewusstsein dafür durchsetzen, dass derzeit ein umfassender kultureller Wandel stattfindet, der bestehende Auffassungen über die Hochschulen verändert und dass die nachhaltige Umsetzung dieser Reformen **Zeit und Unterstützung** erfordert. Regierungen sollten sich bewusst sein, dass die Ziele nicht einfach durch gesetzliche Änderungen erreicht werden können. Hochschulen brauchen mehr funktionale Autonomie - eine der wesentlichen Bedingungen für erfolgreiche Reformen. Zugleich sind sie sich bewusst, dass dies eine Stärkung ihrer Leitungsstrukturen und internen Steuerungsmechanismen erfordert. Das Problem der Finanzierung der Reformen stellt sich auch weiterhin und damit zugleich das umfassendere Problem der Investitionen in die Hochschulen als einem Mittel, den Bedürfnissen der sich entwickelnden Wissensgesellschaften in Europa gerecht zu werden. Schließlich beruht Europas Stärke darauf, dass Hochschulbildung als eine öffentliche Verpflichtung wahrgenommen wird, die auf gesellschaftliche Bedürfnisse antwortet. Dies erfordert ein Bekenntnis zu einer langfristigen und nachhaltigen öffentlichen Finanzierung.